

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

---

**Sitzungsdatum:** Mittwoch, den 07.12.2022  
**Beginn:** 19:05 Uhr  
**Ende:** 22:20 Uhr  
**Ort, Raum:** Bürgersaal des neuen Rathauses Langensteinbach,  
Hirtenstraße 45, 76307 Karlsbad

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Herr Jens Timm

**FDP / Liberale Liste Karlsbad**

Herr Björn Kornmüller

**Freie Wähler**

Herr Alexander Bodemer

Frau Ortsvorsteherin Heike Christmann

Herr Jürgen Herrmann

Herr Otto Höger

Herr Ortsvorsteher Hans-Gerhard Kleiner

Frau Heidi Ochs

Herr Karl-Heinz Ried

Herr Ortsvorst. Michael Wenz ab 19:20 Uhr

**CDU**

Herr Günter Denninger

Herr Jürgen Dummler

Herr Peter Kiesinger

Herr Steffen Langendörfer

Herr Roland Rädle

Herr Norbert Ried

**SPD**

Herr Reinhard Haas

Herr Michael Nowotny

Frau Cornelia Nürnberg

Herr Klaus Steigerwald

Herr Jens Walch

**Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Simone Rausch

Herr Uwe Rohrer

Frau Dr. Susanna Vollmer

**Protokollführer**

Herr Hans-Dieter Stößer

von der Verwaltung

Herr Jürgen Augenstein  
Frau Petra Goldschmidt  
Herr Joachim Guthmann  
Herr Ronald Knackfuß  
Frau Martina Danese Top 9

Sachverständige

Frau Petra Schippalies Top 4-6  
Netze BW Herren Felix Berger, Rupp Top 8  
Albtal Plus: Bettina Reitze-Loss (Geschäftsführerin) Top 9

Abwesend:

**Freie Wähler**

Herr Ortsvorsteher Joachim Karcher e

**CDU**

Herr Günter Sing e

**Bündnis 90/Grüne**

Herr Thomas Guthmann e  
Frau Heike Günther e  
Herr Andreas Hartmann e  
Frau Sabine Kronenwett e

Frau Sarah Esaias e

Tagesordnung:

- 1 **Bekanntgaben**
- 2 **Fragen der Gemeinderäte**
- 3 **Zustimmung zur Polizeiverordnung "Stadtbahn-Parkdeck und Stadtbahn-Haltestelle" in der Benzstraße**  
**Vorlage: 10/1402/2022**
- 4 **Beratung und Beschlussfassung zum Bebauungsplan und den örtlichen Bauvorschriften „Schaftrieb“ in Karlsbad-Langensteinbach**  
a) **Beratung und Abwägung über die eingegangenen Stellungnahmen**  
b) **Fassen des Satzungsbeschlusses**  
**Vorlage: 60/1390/2022**
- 5 **Beratung und Beschlussfassung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes „Ettlinger Straße“ in Karlsbad-Langensteinbach**  
a) **Beratung und Abwägung über die eingegangenen Stellungnahmen**  
b) **Fassen des Satzungsbeschlusses**  
**Vorlage: 60/1389/2022**

- 6 **Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften "Holderäcker II" in Karlsbad-Spielberg**
  - a) Zustimmung zum überarbeiteten städtebaulichen Konzept
  - b) Beschlussfassung über die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB) und der Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB)  
Vorlage: 60/1398/2022
- 7 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Uhlandstraße 14 u. 16**  
Bauvoranfrage: Neubau von zwei Einfamilienhäusern mit Garagen und Stellplätzen  
Grundstück: Uhlandstraße, Langensteinbach, Flst.Nr. 8391/1 u. 6253 (Teil)  
Vorlage: 60/1400/2022
- 8 **Information über den Energiebericht für das Jahr 2021**  
Vorlage: 60/1399/2022
- 9 **Beitragserhöhung für die Tourismusgemeinschaft Albtal Plus e.V.**  
Vorlage: 10/1404/2022
- 10 **Beratung und Beschlussfassung über die Eintrittspreise der Freibadsaison 2023, sowie Bericht zur Saison 2022**  
Vorlage: 20/1401/2022
- 11 **Beratung und Beschlussfassung über zu genehmigende Kosten im Zuge der Sanierung des evangelischen Kindergartens in Spielberg**  
Vorlage: 60/1393/2022
- 12 **Überplanmäßige Ausgaben des Garten- und Umweltamtes**  
Vorlage: 67/1395/2022
- 13 **Genehmigung von Protokollen**
- 14 **Verschiedenes**
- 15 **Fragen der Zuhörer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 29.11.2022 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 23 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 01.12.2022 öffentlich bekannt gemacht worden war.

**Als Urkundspersonen werden ernannt:**

Gemeinderäte Karcher Joachim, Rädle Roland, Haas Reinhard, Rohrer Uwe.

## zu 1 Bekanntgaben

Keine.

## zu 2 Fragen der Gemeinderäte

GRin Heike Christmann (Freie Wähler) bittet darum, dass das Halteverbot in der Bahnhofstraße wegkommen oder zumindestens zeitlich eingeschränkt werden soll. Die Gastwirtschaft würde darunter leiden und die Busse seien ja jetzt aus diesem Bereich herausgekommen. Der stellvertretende Hauptamtsleiter Jürgen Augenstein erläutert, dass das Landratsamt auf eine Beschwerde hin ein eingeschränktes Halteverbot für diesen Bereich angeordnet habe, da eine Buslinie noch für ein Jahr weiterhin dort verkehrt. Sobald diese Buslinie entfällt, wird das angeordnete Haltverbot wieder aufgehoben. Ein zeitlich befristetes Halteverbot kommt nicht in Betracht, da die Buslinie auch in den Abendzeiten verkehrt. Für Gäste der Gastwirtschaft stehen am Fahrbahnrand nur ca. 50 Meter weiter die Parkmöglichkeiten wie bisher zur Verfügung. Das Ein- oder Aussteigen sowie Be- und Entladen ist weiterhin möglich.

Auf eine weitere Nachfrage von Christmann zum Überschreiten des Farbseitenkontingents im Mitteilungsblatt erhält sie Auskunft von der Verwaltung. GR Hans Kleiner (Freie Wähler) kritisiert, dass ein Farbbild dann nicht mehr abgedruckt werden könnte. Der Vorsitzende verweist auf den Kontakt in die Redaktion des Mitteilungsblattes der Verwaltung bei Problemen.

## zu 3 Zustimmung zur Polizeiverordnung "Stadtbahn-Parkdeck und Stadtbahn-Haltestelle" in der Benzstraße Vorlage: 10/1402/2022

Der Vorsitzende erläutert kurz die Thematik. Das Problem sei nur über eine Polizeiverordnung lösbar. Ein weiterer Sachvortrag wird nicht gewünscht. Augenstein erläutert auf eine Nachfrage von GR Günter Denninger (CDU), dass das Parkdeck zwar im Privateigentum sei, es sich bei den Flächen jedoch um gewidmete öffentliche Parkflächen handle. Die Gemeinde habe sich mit der AVG abgestimmt.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) fragt nach den Unterschieden zwischen der alten und der neuen Polizeiverordnung. Diese sei inhaltlich gleich, lediglich bei den Paragraphen des Polizeigesetzes, auf deren Grundlage die Polizeiverordnung erlassen wurde, habe es Änderungen gegeben, so Augenstein. Die alte Polizeiverordnung ist zeitlich befristet gewesen und abgelaufen.

### Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Damen und Herren des Gemeinderates werden um Zustimmung zur Polizeiverordnung „Stadtbahnparkdeck und Stadtbahnhaltestelle“ in der Benzstraße nach § 23 Abs. 2 des Polizeigesetzes Baden-Württemberg (PolG) gebeten.

**mehrheitlich beschlossen Ja 20 Nein 1 Enthaltung 3 Befangen 0**

- zu 4 Beratung und Beschlussfassung zum Bebauungsplan und den örtlichen Bauvorschriften „Schaftrieb“ in Karlsbad-Langensteinbach**
- a) Beratung und Abwägung über die eingegangenen Stellungnahmen**
  - b) Fassen des Satzungsbeschlusses**
- Vorlage: 60/1390/2022**

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt und führt in das Thema ein. Das Thema sei schon oft behandelt worden. Den weiteren Sachvortrag übernimmt Planerin Petra Schippalies. Es seien alle Punkte aufgelistet und mit Vorschlägen für das Abwägen versehen. Es gebe keine wesentlichen grundsätzlichen Punkte. Ein erwähnenswerter Punkt sei die Vorgabe von Flachdächern. Dem Wunsch nach Pultdächern solle nicht entsprochen werden. Flachdächer binden Regenwasser und seien im WG 1 erforderlich und vertretbar. Auf Nachfrage von GRin Simone Rausch (Bündnis 90/Grüne) zur naturschutzrechtlichen Bewertung teilt sie mit, dass der Fachplaner keine Korrektur der Ökopunkte für erforderlich halte. Dem von der Naturschutzbehörde angeregten Berechnungsmodus zu den Ökopunkten müsse nicht gefolgt werden.

GR Roland Rädle (CDU) meint, dass an das Gebiet endlich ein Knopf dran gemacht werden könne. Mit dem nicht realisierten zweiten Baugebiet „Fröschgärten“ gebe es einen kleinen Wermutstropfen. GR Günter Denninger (CDU) wiederholt seinen Hinweis aus der Bau-Planungs- und Umweltausschusssitzung, eine zweite Ausfahrt zu realisieren. Dies resultiere aus dem Kindergarten und der gewerblichen Nutzung in bestimmten Bereichen. Frau Schippalies sagt, dass im Rahmen der zweiten Auslegung dazu etwas vorgetragen worden sei und H. Denninger seither nichts mehr ausgeführt habe.

GRin Susanne Vollmer (Bündnis 90/Grüne) fragt nach, wie sich die Ausgleichsflächen berechnet haben. Dies habe, so antwortet Schippalies, der Fachplaner übernommen und es seien im Gebiet verschiedene Flächen entstanden. Der Berechnungsmodus sei im Umweltbericht dezidiert aufgeführt. Der Rest an erforderlichen Ökopunkten werde vom Ökokonto der Gemeinde abgebucht.

#### **Antrag an den Gemeinderat:**

Der Gemeinderat wolle:

- a) sich den Abwägungsvorschlag (S04\_Schaftrieb\_Abwaegung\_221104) zu eigen machen und diesen beschließen.
- b) den Bebauungsplan und die örtl. Bauvorschriften „Schaftrieb“ als Satzung beschließen.

**mehrheitlich beschlossen Ja 19 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0**

- zu 5 Beratung und Beschlussfassung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes „Ettlinger Straße“ in Karlsbad-Langensteinbach**  
**a) Beratung und Abwägung über die eingegangenen Stellungnahmen**  
**b) Fassen des Satzungsbeschlusses**  
**Vorlage: 60/1389/2022**

Der Vorsitzende erläutert kurz das Thema.

Den weiteren Sachvortrag übernimmt Petra Schippalies. Die Nutzungsart für die angrenzende Fläche an das heranrückende Baugebiet "Schaftrieb" solle lediglich geändert werden. Das vor sehr langer Zeit kartierte Biotop solle auf Bebauungsplanebene abgeschichtet werden. Es wäre eigentlich nicht zu kartieren gewesen. Die Baurechte bestünden schon sehr lange.

GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) erklärt für die Fraktion, dass diese aufgrund der unterschiedlichen Stellungnahme der Naturschutzbehörde (andere Rechtsauffassung) bei dem Thema nicht mitgehen würde.

**Antrag an den Gemeinderat:**

Der Gemeinderat wolle:

- a) sich den Abwägungsvorschlag (S02\_Ettlinger\_Straße\_1.Aenderung\_Abwaegung\_221104) zu eigen machen und diesen beschließen.
- b) den Bebauungsplan „Ettlinger Straße“ 1. Änderung als Satzung beschließen.

**mehrheitlich beschlossen Ja 20 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0**

- zu 6 Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften "Holderäcker II" in Karlsbad-Spielberg**  
**a) Zustimmung zum überarbeiteten städtebaulichen Konzept**  
**b) Beschlussfassung über die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB) und der Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB)**  
**Vorlage: 60/1398/2022**

Der Vorsitzende führt in das Thema ein und Petra Schippalies übernimmt den weiteren Sachvortrag und erläutert einige Grundzüge der Planung.

Geplant seien insgesamt 92 Gebäude: 18 Mehrfamilienhäuser, 22 Doppelhaushälften, 40 Einfamilienhäuser, 12 Kettenhäuser. Der Zielwert des Flächennutzungsplanes - bei 6,6 ha Fläche ca. 265 Wohneinheiten (WE) zu schaffen - werde erreicht. Das Gebiet werde dadurch ein Stück weit, wie gewünscht verdichtet. Bei einer Belegung von 2,1 Personen pro WE könnte sich ein Einwohnerzuwachs von 560 Einwohnerinnen und Einwohner ergeben. Das Gebiet habe zwei Zufahrten, biete u.a. einen Randweg zum Versorger Netto. Am Ende des Gebietes entstehe dafür extra ein Fußweg mit Überquerung der Straße. Zu Fuß könne das Gebiet über zwei Wege vom bisherigen Ortsbereich erreicht werden. Bei der Ausrichtung der Gebäude habe man die vorhandene Struktur von Spielberg aufgenommen. Aus Lärmschutzgründen wurden die Gebäude so gedreht platziert, dass sich die Nordseite zur Landesstraße hin befindet. Auch von der Bahn werden die Gebäude abgerückt. In dem Mischgebiet sei der

Lärmpegel etwas höher, jedoch problemlos passiv reduzierbar. In der Planung habe man versucht, die Bauformen sinnvoll anzuordnen. Diese seien jedoch flexibel und könnten je nach Wünschen der Bauherren verändert werden. Der Vorsitzende ergänzt, dass man am Beginn des Verfahrens sei und Änderungen noch kommen werden.

#### **Diskussion im Gremium**

GR Reinhard Haas (SPD) meint, dass das, was lange währt, gut wird. Die Planung sei ein gelungener Kompromiss zwischen Wohnen und Natur. Positiv seien der Spielplatz in der Mitte und der Fußweg. Ideal gar die Kombination von Einkauf, Schule, Kindergarten und Waldkulturpfad. Dieses Konzept sollte grundsätzlich so bleiben.

GR Michael Nowotny (SPD) kritisiert die eingepflanzten Einfamilienhäuser als nicht mehr zeitgemäß. Er plädiert weiterhin für Kinderstraßen. Der Vorsitzende antwortet, dass es in der Bevölkerung immer noch Bürgerinteresse für Einfamilienhäuser gibt. Bei freiwilligen Verfahren gebe es bei dem Thema ein Geben und Nehmen. Zudem sei das Gebiet verdichtet worden. Frau Schippalies sagt, dass es im hinteren Bereich der Haupteinschließung ruhigere Flächen für Kinder gibt. Herr Augenstein erläutert, welche Voraussetzungen für Spielstraßen gegeben sein müssen und dass es sich um eine Grundsatzentscheidung handelt. Der Vorsitzende meint, dass man noch nicht an diesem Punkt sei.

#### **Antrag an den Gemeinderat**

Der Gemeinderat stimmt

- a) dem überarbeiteten städtebaulichen Konzept zu und
- b) beschließt die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB) und der Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB).

**mehrheitlich beschlossen Ja 19 Nein 4 Enthaltung 1 Befangen 0**

**zu 7      Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Uhlandstraße 14 u. 16  
Bauvoranfrage: Neubau von zwei Einfamilienhäusern mit Garagen und  
Stellplätzen  
Grundstück: Uhlandstraße, Langensteinbach, Flst.Nr. 8391/1 u. 6253 (Teil)  
Vorlage: 60/1400/2022**

Die GR Roland Rädle (CDU) und Simone Rausch (Bündnis 90/Grüne) erklären sich für befangen und nehmen im Zuhörererkreis Platz.

Nach einer kurzen Einführung des Vorsitzenden hält Joachim Guthmann anhand der Vorlage Sachvortrag. Er verweist auf einen grafisch ergänzten Bebauungsplan in der Präsentation. Die Bauvoranfrage sei bereits abgelaufen und man habe dem Antragsteller empfohlen, eine aktuelle Bauvoranfrage zu stellen. Das Vorhaben sei zu befürworten und bedeute eine gewisse Nachverdichtung in dem Gebiet. Auf eine Nachfrage von GR Uwe Rohrer (Bündnis 90 / Grüne) nach einer Nachverdichtung des gesamten Gebietes antwortet der Vorsitzende. Die Gemeindeverwaltung habe versucht, dies mit den Eigentümern freiwillig zu erreichen. Allerdings seien die Grundstücke zum Teil zu klein bzw. hätten einen ungünstigen Verlauf. Daher sei das nicht realisierbar.



### Antrag an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat wolle das Gemeindeeinkommen entsprechend dem Sachverhalt erteilen.

**einstimmig beschlossen Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 2**

### **zu 8 Information über den Energiebericht für das Jahr 2021 Vorlage: 60/1399/2022**

Die GR Roland Rädle (CDU) und Simone Rausch (Bündnis 90/Grüne) nehmen wieder am Sitzungstisch Platz. Der Vorsitzende führt kurz in das Thema ein und erläutert, dass es auch um Vorschläge für geänderte Gebäudestrukturen und Heizungen vorbereitend für weitere Entscheidungen gehe.

Die Herren Felix Berger und Rupp von der beauftragten Netze BW erläutern ausführlich den Energiebericht 2021 und die Ergebnisse der Gebäudechecks in Auerbach (Talblickhalle, Grundschule und Kindergarten).

#### a) Wärmeverbrauch

Der witterungsbereinigte Wärmeverbrauch aller erfassten Objekte ist gegenüber dem Vorjahr auf 5.058.249 kWh (entspricht rund 5,6%) gesunken. Großen Einfluss auf den Wärmeverbrauch besitzt hierbei das Schulzentrum Ittersbach, welches eine Verbrauchssenkung von 41,7 % zum Vorjahr aufweist. Somit liegt der Verbrauch auf einem ähnlichen Level wie in den Jahren 2017 bis 2019, nachdem der Wärmeverbrauch 2020 stark angestiegen war. Das Schulzentrum Langensteinbach ist der größte Wärmeverbraucher der Gemeinde und hatte mit 1.288.758 kWh einen leicht höheren Verbrauch als im Vorjahr. In die Bewertung der Verbrauchswerte gilt es die atypische Nutzung der Gebäude durch zeitweise Schließungen und vermehrte Lüftung im Jahr 2021 zu berücksichtigen. Grund hierfür waren Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie.

#### b) Licht-/Kraftstromverbrauch

Der Licht-/Kraftstromverbrauch aller erfassten kommunalen Liegenschaften und Anlagen beträgt 1.396.917kWh. Dies entspricht in etwa dem Verbrauch des Vorjahrs. Die Straßenbeleuchtung besitzt den größten Anteil am Stromverbrauch insgesamt. Auffällig ist eine Verbrauchssteigerung um 62,3 % bei der Grundschule Langensteinbach. Dies lässt sich zumindest teilweise durch eine Schließung der VHS während des Vorjahres 2020 erklären.

#### c) Wasserverbrauch

Beim Wasserverbrauch ist für 2021 ein Verbrauchsanstieg, um ca. 20% auf 14.452 m<sup>3</sup> im Vorjahresvergleich festzustellen. Diese Steigerung wurde jedoch allein stark durch fehlerhafte Wasserzähler im Schulzentrum Ittersbach beeinflusst, weshalb der Gesamtwert des Wasserverbrauchs der Gemeinde nicht aussagekräftig ist. Das Freibad Langensteinbach als größter Verbraucher konnte seinen Wasserverbrauch im Vergleich zum Vorjahr um 13%

senken. Hierfür ist zum Großteil die während der Pandemie durchgeführte Sperrung der Duschen verantwortlich.

#### d) Gesamtbetrachtung

In der Gesamtbetrachtung sind die Bezugskosten für Energie und Wasser im Vergleich zum Vorjahr von 1.001.972 Euro auf 1.098.761 Euro gestiegen. Aufseiten der Wärme- und Stromkosten ergaben sich Kostensenkungen, welche auf moderate Verbrauchseinsparungen zurückzuführen sind. Die Wasserkosten hingegen stiegen analog zu den Wasserverbräuchen an. Die Emissionen (CO<sub>2</sub>, NO<sub>x</sub> und SO<sub>2</sub>) sind im Vergleich zum Vorjahr rückläufig.

Zu beachten ist, dass aufgrund der Pandemielage im Jahr 2020 die öffentlichen Gebäude nicht im Normalbetrieb genutzt werden konnten. Aufgrund von Hygienevorschriften musste z.B. in den Schulen häufiger gelüftet werden. Sporthallen konnten hingegen weniger genutzt werden, was dort einen Rückgang des Strom- und Wasserverbrauchs zur Folge hatte. Beim Schulzentrum sei wieder mit einem "Normalbetrieb" zu rechnen.

Die bei der Zertifizierung zum „European Energie Award“ und der Selbstverpflichtung durch das Leitbild „Karlsbad 2020“ dargelegten Energieeinsparpotentiale sollten weiterhin auch zukünftig konsequent angegangen und umgesetzt werden, weshalb im Frühjahr 2022 die restliche Straßenbeleuchtung nahezu komplett auf LED umgerüstet wurde. Sicher wird sich in den kommenden Jahren durch die enormen Preissteigerungen im Energiesektor das Rechnungsergebnis verschlechtern. Umso wichtiger ist es auf einen effizienten und sparsamen Umgang in diesem Bereich zu achten. Hierbei sollten die Verbrauchsdaten kontinuierlich erfasst und ausgewertet werden und weiterhin energieeinsparende Maßnahmen schnellstmöglich umgesetzt werden.

#### **Gebäudecheck in Auerbach**

Herr Rupp stellt die unterschiedlichen Varianten an Maßnahmen am Gebäude und bei der Beheizungsart dar. Diese hätten unterschiedliche Auswirkungen auf die Kosten während des Lebenszyklus. Auch eine Betrachtungsweise nach CO<sub>2</sub> Neutralität der Varianten wird erläutert.

#### **Diskussion im Gemeinderat**

Der Vorsitzende bemerkt, dass durch den Energiebericht und den Gebäudecheck wichtige Handlungsempfehlungen für Entscheidungen im Gemeinderat ausgearbeitet werden. Die Gebäude sollten dann schrittweise angegangen werden.

GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) bewertet das Vorgehen positiv. Er will wissen, ob es schon konkrete Hochrechnungen bezüglich des Aufwandes, der erforderlich wird um im Jahr 2035 CO<sub>2</sub> neutral zu werden, gibt. Er will ferner wissen, wie das Thema in der Verwaltung bearbeitet wird. Es soll ja ein Energiemanager eingestellt werden. GR Günter Denninger (CDU) äußert die Sorge nach Doppelstrukturen. Die Verwaltung habe, so der Vorsitzende, noch keinen Gesamtüberblick. Das Bauamt koordiniere die Arbeit der Klimaschutz- und Energieagentur (KEA) und des Klimamanagers sowie der Netze BW. Die KEA erhalte den Energiebericht. Es gelte zunächst auch, den Haushalt zu verabschieden um dann einen Klimaschutzmanager finden und einstellen zu können. Das Thema brauche entsprechend Zeit. Herr Berger erläutert, dass die Detailtiefe des Gebäudechecks in Auerbach so nicht auf alle Gebäude hochrechenbar sei. GR Roland Rädle (CDU) meint, dass es wichtig sei, zu Maß-

nahmen zu kommen. Er schlägt vor, für den nächsten Doppelhaushalt einen entsprechenden Block einzuplanen.

Der Vorsitzende sagt abschließend, dass die für die Gemeinde tätigen Architekten das Thema Energieeinsparungen und Wärmedämmung sowieso bearbeiteten. Als weitere technische Möglichkeit sei die Photovoltaik hinzugekommen. Der Weg sei, einzelne Gebäude anzugehen wobei diese allgemein vom Standard her schon unter den Vorgaben und Bedingungen der gesetzlichen Regelungen saniert werden. Auch Energieeinsparmaßnahmen werden im Gremium beraten, wie zum Beispiel beim Schulgebäude in Mutschelbach. Bei diesem Gebäude habe sich das Gremium nach eingehender Beratung dann gegen den Vollwärmeschutz ausgesprochen, da dies energetisch und wirtschaftlich nicht mehr als sinnvoll angesehen wurde. Insoweit wird dies bei allen Sanierungsmaßnahmen mit untersucht und entsprechende Vorschläge zur Beratung an den Gemeinderat unterbreitet.

#### **Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:**

Die Verwaltung bittet den Gemeinderat, die Informationen über den Energiebericht des Jahres 2021 zur Kenntnis zu nehmen.

#### **zur Kenntnis genommen**

#### **zu 9 Beitragserhöhung für die Tourismusgemeinschaft Albtal Plus e.V. Vorlage: 10/1404/2022**

Der Vorsitzende führt kurz in das Thema ein.

Martina Danese erläutert die Vorteile / Mehrwert der Arbeit von Albtal Plus. Dazu zählen u.a. ein Mehrwert für das Gemeindeimage, die auch für die Bevölkerung nutzbare Tourismusinfrastruktur, Attraktivität des Gebietes für Fachkräftesuche, Präsenz beim Marketing (Webseite, Messen, soziale Medien). Karlsbad könne dies alleine nicht schultern. Die Geo-Touren seien für Karlsbader Familien attraktiv, ebenso die Printprodukte mit Wander- und Radtouren. Die Maßnahmen und Angebote würden immer mit dem Naturschutz und Forst abgestimmt. Anvisiert sei ein neues Projekt: Anis Schwarzwald.

Albtal Plus Geschäftsführerin Bettina Reitze-Lotz erläutert ausführlich die Arbeit von Albtal-Plus vom Entstehen bis zum aktuellen Stand. Dazu zählen u.a. Angebote, neue Vorhaben, Wertschöpfung und mehr:

Die Tourismusgemeinschaft Albtal Plus e.V. kümmert sich bereits im zehnten Jahr um die touristische Entwicklung und Vermarktung der Mitgliedsgemeinden im Albtal. Durch den Erfolg der Arbeit im Laufe der Jahre sowie veränderte touristische Rahmenbedingungen hat sie sich von einer reinen Touristischen Marketingorganisation zu einer Destinationsmanagementorganisation entwickelt. Nachdem sich innerhalb dieser 10 Jahre die Aufgaben, Entwicklungen im Tourismusbereich und die Rahmenbedingungen aber auch die personelle Struktur und damit verbunden die umzusetzenden Tarifierhöhungen verändert haben ist eine Anpassung der Rahmenbedingungen in Form einer Erhöhung des Budgets Rechnung zu tragen und deshalb eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrags analog der unten angeführten Tabelle erforderlich. Aus diesem Grund wird um Zustimmung zur Beitragserhöhung gebeten.

#### **I. Gründung**

Im Dezember 2012 wurde der Verein Albtal Plus gegründet. Ein Zusammenschluss von acht Gemeinden (Bad Herrenalb, Dobel, Ettlingen, Malsch, Marxzell, Karlsbad, Straubenhardt, Waldbronn) sowie die Albtal-Initiative als GbR (später die Feinen Adressen im Albtal e.V.). 2017 wurde der Verein umbenannt in die Tourismusgemeinschaft Albtal Plus e.V..

Die Aufgaben bestanden anfangs überwiegend in der Vermarktung der Angebote im Albtal, Personal: 1,7 Stellen. Bereits mit der Gründung war man sich bewusst, dass der Personalschlüssel auf Dauer nicht ausreichend sein wird.

## II. aktuelle Situation

Das aktuelle Aufgabenfeld der Tourismusgemeinschaft hat sich im Laufe der Jahre mehr als verdoppelt. Der Personalschlüssel beträgt nach wie vor 1,8 Stellen, hat sich also seit Gründung nicht erhöht. Das Budget in Form der Mitgliedsbeiträge hat sich seit Gründung ebenfalls nicht verändert. Es gab keine Anpassung trotz steigender Kosten und Inflation. Infolgedessen stieg der Anteil an Fixkosten und Dienstleistungskosten zum Nachteil des Marketingbudgets.

Im zehnten Jahr nach der Gründung führt dies zu einem Zustand, in dem ohne Erhöhung des Budgets für Personal und Marketingmaßnahmen keine vernünftige Weiterführung der Arbeit des Vereins möglich ist.

## III. Berechnungsmodelle für die Beitragsordnung (gültig seit 2013)

### Basis der Berechnungen

Als Grundlage für die Berechnung der Beiträge wurden die Einwohnerzahlen, Übernachtungen nach Statistischem Landesamt sowie ein touristischer Bewertungsfaktor gelegt (jeweils zu  $\frac{1}{3}$ ).

### aktuelle Beiträge

<u>Mitglied</u>	<u>aktueller Beitrag</u>
Bad Herrenalb	70,000.00 €
Dobel	10,000.00 €
Ettlingen	70,000.00 €
Karlsbad	16,000.00 €
Malsch	10,000.00 €
Marxzell	7,000.00 €
Straubenhardt	10,000.00 €
Waldbronn	25,000.00 €
Feine Adressen im Albtal	10,000.00 €
Summe	228,000.00 €

### zukünftige Beiträge

#### 1. Zielbudget

Auf Grundlage von Hochrechnungen in Bezug auf Personalkosten, Dienstleistungskosten und Inflation wird ein Zielbudget in Höhe von 400.000 € als realistisch angesehen und dient als Grundlage für die Berechnung der neuen Beiträge.

## 2. Erhöhung/ Berechnung

Auf Grundlage der Berechnungsfaktoren aus 2013 (Einwohner, Übernachtungen, Bewertung) wird das Zielbudget in Höhe von 400.000 € auf die acht Mitgliedsgemeinden verteilt. Um nicht die gesamte Erhöhung auf einmal aufbringen zu müssen, wird sie in 3 Schritten erfolgen: 2023, 2024 und 2025.

Somit ergibt sich folgende Berechnungstabelle für die neuen Beiträge ab 1.1.2023:

Mitglied	aktueller Beitrag	2023 + 30%	2024 + 20%	2025 + 10%
Bad Herrenalb	70,000.00 €	91,000.00 €	109,200.00 €	120,120.00 €
Dobel	10,000.00 €	13,000.00 €	15,600.00 €	17,160.00 €
Ettlingen	70,000.00 €	91,000.00 €	109,200.00 €	120,120.00 €
Karlsbad	16,000.00 €	20,800.00 €	24,960.00 €	27,456.00 €
Malsch	10,000.00 €	13,000.00 €	15,600.00 €	17,160.00 €
Marzell	7,000.00 €	9,100.00 €	10,920.00 €	12,012.00 €
Straubenhardt	10,000.00 €	13,000.00 €	15,600.00 €	17,160.00 €
Waldbronn	25,000.00 €	32,500.00 €	39,000.00 €	42,900.00 €
Feine Adressen im Albtal	10,000.00 €	13,000.00 €	15,600.00 €	17,160.00 €
Summe	228,000.00 €	296,400.00 €	355,680.00 €	391,248.00 €
Mehreinnahmen durch Erhöhung		68,400.00 €	59,280.00 €	35,568.00 €

## IV. Begründung

### Aufgaben

Wie bereits erwähnt, hat sich das Aufgabenspektrum mehr als verdoppelt. Neben reinen Vermarktungsaufgaben in Form von Marketingmaßnahmen (gemeinsame Printprodukte, Präsenz auf Messen und Veranstaltungen, Online-Marketing), kommen zunehmend Projekte wie die Entwicklung und Weiterentwicklung touristischer Infrastruktur (Wanderwege, Radrouten, Zertifizierungen) sowie die Entwicklung übergeordneter touristischer Angebote hinzu. Onlinemarketing mit dem Betrieb einer eigenen Website inklusive Vertriebstool sowie Social Media nimmt immer mehr Raum und Bedeutung ein. Zugenommen haben auch übergeordnete Aufgaben wie die Rolle der Tourismusgemeinschaft Albtal Plus als Reiseveranstalter, Stellung und Koordination von Förderanträgen sowie Innenmarketing in Form von Netzwerkveranstaltungen. Dazu kommen noch die Geschäftsführungsaufgaben: Haushalt, Budget, Controlling, Geschäftsbericht, Jahresabschluss, Gremienarbeit.

### Personal

Um die aktuellen und zukünftigen Arbeiten erfüllen zu können, wird mindestens eine weitere qualifizierte Vollzeitkraft benötigt. Da der Bereich des Online-Marketings mittlerweile fast eine ganze Stelle benötigt, die Projektarbeit zunimmt sowie die Geschäftsführungsaufgaben mindestens 50% der Arbeitszeit einnehmen, fehlt dringend eine Person, die im Bereich Online-Marketing unterstützen aber auch Assistenzaufgaben für die GF übernehmen kann.

#### Kostenentwicklung/ Inflation

Legt man alleine eine durchschnittliche Inflationsrate von 2% pro Jahr zugrunde, müssten die Mitgliedsbeiträge nach 10 Jahren um mindestens 50.000 € gestiegen sein - bei gleichbleibenden Personalschlüssel und Marketingmaßnahmen. Nicht eingerechnet sind hierbei die aktuelle Inflationsrate, die Corona-Jahre oder das Mehr an Aufgaben.

#### VI. Konsequenzen

1. Mit der dringend benötigten Beitragserhöhung kann zusätzliches Personal eingestellt, zurückgestellte Projekte angegangen, Marketingkampagnen durchgeführt sowie die Pressearbeit ausgeweitet werden - um nur die dringendsten Maßnahmen aufzuführen.

2. Bei Ablehnung der Beitragserhöhung erfolgt zwangsläufig kurz- oder mittelfristig die Auflösung des Vereins, da aufgrund der Kostensteigerung in den Fixkosten kein ausreichendes Budget für Marketingmaßnahmen übrig bleibt.

In Folge dessen gibt es keine gemeinsame touristische Website, keine Social Media Tätigkeiten für das Albtal, keine Vermarktung der Region Albtal mit seinen Mitgliedern, keine gemeinsamen Printprodukte (ALBTAL.Magazin, ALBTAL.Wandern, ALBTAL.Biken, Fahrtziel ALBTAL, Kurz.Urlaub im ALBTAL, ALBTAL auf einen BLick, ALBTAL.Aussichten).

Darüber hinaus wird es keine Netzwerkveranstaltungen mehr geben und die Identität der Region als Albtal wird nicht mehr vermarktet (Markenidentität, Image).

Investitionen in eine Erweiterung der touristischen Infrastruktur fallen weg, ebenso wie eine gemeinsame Produktentwicklung in den Bereichen Wandern und Biken, Gästekarte für das Albtal, keine Präsentation aller Mitgliedsgemeinden auf Messen und Veranstaltungen in der Region.

#### **Diskussion im Gemeinderat**

Über das Thema wird kontrovers diskutiert. Der Vorsitzende betont, dass man sich als Region bzw. touristische Gemeinschaft sehen müsse. Bad Herrenalb habe der Erhöhung nicht zugestimmt. Hier müsse man nochmals im Vorstand diskutieren.

GRin Heike Christmann (Freie Wähler) fragt, was Karlsbad von der Arbeit habe. Zum Teil seien die Angebote schon bei der letzten Vorstellung von Albtal Plus vorhanden gewesen. Die Fraktion habe eine geteilte Meinung. Frau Reitze-Lotz erläutert, dass man die 10 Jahre alten GeoCash-Touren nächstes Jahr nochmals angehen wolle. 2019 seien Qualitätswege eröffnet worden. Karlsbad werde bei Projekten immer berücksichtigt – z.B. bei dem Projekt 11 Aussichten. Der Erfolg der Arbeit könne nicht 1:1 gemessen werden, jedoch registriere man ein höheres Interesse z.B. bei der offerta oder der Printprodukt-Nachfrage.

GR Reinhard Haas (SPD) meint, dass die Fraktion fast einheitlich für die Erhöhung sei. Sich zu vermarkten sei wichtig, auch für Karlsbad falle etwas ab. Die Gemeinde solle ein Zeichen setzen, mitzumachen und über den Tellerrand zu schauen.

GR Roland Rädle (CDU) betont, dass der Region die Zukunft gehöre und man das Thema nicht nur rein ökonomisch betrachten dürfe. Kritisch sieht er, dass bisher zu wenig über die Arbeit von Albtal Plus berichtet wird.

GR Björn Kornmüller (Liberale Liste/FDP) stimmt dem Konstrukt Albtal Plus grundsätzlich zu. Allerdings könne er die steigenden Kosten nicht nachvollziehen. Diese seien prozentual massiv, im Verhältnis zum Gesamthaushalt nicht. Man müsse überlegen was der Gemeinde fehle, wenn es diese Einrichtung nicht gebe. Momentan überwiege für ihn noch der Mehrwert, die Arbeit müsse weiter beobachtet werden.

Frau Reitze-Lotz und Frau Danese erläutern, dass man eng auf Arbeitskreisebene zusammenarbeite. Man wolle auch gerne mehr informieren, so Reitze-Lotz, brauche dafür jedoch auch mehr Personal. Der Vorsitzende meint, dass einmal pro Jahr eine Information reiche und bei konkreten Projekten diese vorgestellt werden sollten. Er sehe bisher die öffentliche Wahrnehmung der Arbeit in Bezug auf Karlsbad kritisch (zu gering). GRin Heidi Ochs (Freie Wähler) sieht die Tendenz, immer neue Angebote zu machen, als kritisch für die Natur an. Auch die Printmenge könne reduziert werden. Diese habe man, so Reitze-Lotz bereits deutlich reduziert. Man wolle auch nicht mehr Wege, sondern einen nachhaltigen Tourismus. Dazu gehörten auch Gespräche über den Rückbau von Wegen.

#### **Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:**

Die Damen und Herren des Gemeinderates werden gebeten, der Beitragserhöhung für die Tourismusgemeinschaft Albtal Plus e.V. gemäß Tabelle im Vorlagentext zuzustimmen. Wenn nicht alle Kommunen mitmachen, und sich Veränderungen ergeben wird die Verwaltung erneut dem Gemeinderat berichten und ihn entscheiden lassen.

**mehrheitlich beschlossen Ja 16 Nein 7 Enthaltung 1 Befangen 0**

#### **zu 10      Beratung und Beschlussfassung über die Eintrittspreise der Freibadsaison 2023, sowie Bericht zur Saison 2022** **Vorlage: 20/1401/2022**

Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt hält Sachvortrag anhand der Vorlage. Sie erläutert u.a., dass das Jahr 2022 war nach zwei schwierigen, durch Corona geprägten, Jahren wieder deutlich erfolgreicher gewesen sei.

#### **Vorlageninfos:**

Die Bäderkooperation konnte ab der Badesaison 2022 neben der Gemeinde Remchingen auch wieder mit der Gemeinde Waldbronn fortgeführt werden.

Was sich jedoch bemerkbar macht sind sowohl die steigenden Sach- wie auch Personalkosten. Daher müssen auch die Eintrittspreise zumindest moderat angepasst werden.

Bei einer Diskussion innerhalb der Freibadkooperation mit Remchingen und Waldbronn wurde eine Anpassung der Preise von den Saisonkarten in Höhe von ca. 5 % vorgeschlagen. Der Gemeinderat Remchingen hat bereits am 23.11.2022 diese Erhöhung beschlossen. Von der Kurverwaltung Waldbronn ist die Rückmeldung noch ausstehend. Langfristig soll im Zuge der Sanierung ein neues Kassensystem installiert werden, ergänzt der Vorsitzende.

Die Einzeleintritte bleiben unverändert bei 4,30€ für Erwachsene und 2,20€ für Ermäßigte. Hier gibt es keine Abstimmung unter den Kooperationspartnern, die Einzuleintrittspreise waren in der Vergangenheit schon teilweise unterschiedlich. Remchingen plant die Einzuleintrittspreise der Erwachsenen um 0,20 € auf 4,50 € zu erhöhen. Jugendliche werden hier bereits mit 2,50€ abgerechnet. Karlsbad sei hier am preisgünstigsten.

Der Vorverkauf soll im Dezember wie gewohnt über das Bürgerbüro und die Ortsverwaltungen erfolgen.

#### Rückblick auf die Saison 2022:

In diesem Jahr dauerte die Saison des Freibades vom Sa. 07.05.2022 bis So. 11.09.2022. Die Besucherzahl betrug 64.823 (2019: 65.217). Aus dem Verkauf von Eintrittskarten sind in dieser Saison insgesamt rd. 136.600 € erzielt worden (zum Vergleich: 2019: 126.000 €) Der Ansatz betrug 110.000 €.

Im Jahresabschluss 2021 beträgt der Zuschussbedarf für das Freibad (inkl. Kiosk) 464.000 € (2020: 494.000 €). Der Zuschussbedarf entsteht hauptsächlich durch die hohen Abschreibungen. Die Jahre 2020/21 hatten bezüglich Reinigung und Security einen höheren Aufwand, in 2022 musste zusätzliches Personal extern bereitgestellt werden. Da das Jahr 2022 noch nicht abgeschlossen ist, kann noch kein genaues Ergebnis festgestellt werden, jedoch wird der Fehlbetrag voraussichtlich geringer ausfallen.

Das Freibadkiosk konnte neu verpachtet werden.

#### Ausblick auf die Saison 2023:

Der Saisonbeginn ist derzeit für Samstag, den 13. Mai 2023 vorgesehen. Aktuell nicht geplant ist ein deutlich verspäteter Saisonstart wie in Karlsruhe (Freibaderöffnung mit Beginn der Pfingstferien). Sollten sich bei der Energieversorgung weitere Verschärfungen ergeben, müsste dies ggf. nochmals diskutiert werden. Das Saisonende wäre, wie die letzten Jahre, mit Ende der Sommerferien am Sonntag, den 10. September 2023 vorgesehen.

Personell wird das Freibad mit neuer Badleitung in die Saison starten. Hinzu kommen 2-3 Fachangestellte, sowie ggf. Rettungsschwimmer auf 520,-- €-Basis.

Langfristig wird ab 2025 die Sanierung bzw. der Neubau des Freibadgebäudes, geplant. Die Umsetzung soll in 2026/2027 erfolgen.

GRin Heidi Ochs (Freie Wähler) zeigt sich mit der Preiserhöhung einverstanden. Eine weitere Diskussion erfolgt nicht.

#### Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat beschließt die Preisanpassung für die Saisonkarten ab der Saison 2023 entsprechend der Anlage.

**einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**



**zu 11 Beratung und Beschlussfassung über zu genehmigende Kosten im Zuge der Sanierung des evangelischen Kindergartens in Spielberg**  
**Vorlage: 60/1393/2022**

Der Vorsitzende erläutert, dass das Thema schon mehrfach beraten und dargestellt worden sei. Jetzt soll nochmals ein Überblick über die Gesamtsituation gegeben werden. Ebenso soll der Gemeinderat die noch erforderlichen Deckungsentscheidungen treffen.

Ortsbaumeister Ronald Knackfuß hält Sachvortrag anhand der Vorlage. Die Sanierungsarbeiten in der evangelischen Kindertagesstätte Spielberg seien nach gut 7-monatiger Bauzeit zum Großteil bis Ende November abgeschlossen worden. Der 5-gruppige Kindergarten könne seinen ursprünglichen Betrieb in der Kita wieder aufnehmen. Trotz einiger Schwierigkeiten bei den Genehmigungsbehörden im Zusammenhang mit der Auslagerung von 3 Gruppen konnten die Sanierungsarbeiten im prognostizierten Zeitraum ausgeführt werden.

Aufgrund der Situation am Bau im Jahr 2022 (festgestellte Preissteigerungen von mehr als 30% über alle Gewerke entspricht ca. 173.000 €) und Massenmehrungen/Mehrmengen bei einzelnen Gewerken am Gebäudekomplex Evangelischer Kindergarten Spielberg seien zusätzliche überplanmäßige Ausgaben und damit Mehrkosten von prognostizierten 200.000 € für 2022 entstanden.

Für den Haushalt 2023/24 wurden weitere 200.000 € zur Restabwicklung der Baumaßnahme und noch nicht beauftragter energetischer Sanierungen (Dämmung der Geschoßdecken) angemeldet. Diese Arbeiten könnten auch im laufenden Betrieb gemacht werden. Problematisch an dem Gebäude sei ferner, dass Gebäudeteile aus unterschiedlichen Baujahrzehnten stammten. Die prognostizierten Gesamtsanierungskosten beliefen sich auf ca. 1.100.000 €.

Kosteninfo aus der Vorlage:

Die ursprüngliche Kostenschätzung Ende 2020 betrug 490.000 €. In der Gemeinderatsitzung am 19.05.21 wurde die aktualisierte Kostenberechnung mit 585.000 € beschlossen. Weitere zusätzliche Kosten in Höhe von 130.000 € und 13.000 € wurden im Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt am 19.01.22 und 22.06.22 (siehe beigefügte Vorlagen) beschlossen. Zur formellen Richtigstellung sind, die bereits im Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt am 19.01.2022 (Vorlage 60/1227/2021) und 22.06.2022 (Vorlage 60/1305/2022) dargestellten Mehrkosten in Höhe von 130.000 € bzw. 13.000 € durch den Gemeinderat als überplanmäßige Ausgabe ebenfalls zu beschließen.

Für die Genehmigung der Mehrkosten bei der Auslagerung von 3 Kindergartengruppen (1 Gruppe ins evangelische Gemeindehaus Spielberg, zwei Gruppen in eine doppelstöckige Containeranlage) ist der Gemeinderat das beschließende Gremium. Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt kann nur überplanmäßige Kosten bis 50.000 € beschließen.

Beim Beschluss der Mehrkosten von 13.000 € in der Bauausschusssitzung am 22.06.2022 war zwar der BPUA das beschließende Gremium, allerdings wurde die Gesamtkostensumme in Höhe von 728.000 € in der Vorlage nicht korrekt und zwar nur mit 715.000 € also ohne die 13.000 € angegeben. Deshalb sind die 13.000 € nochmals vom Gemeinderat formell zu beschließen.

Die Deckungsvorschläge der bereits dargestellten 143.000 € Mehrkosten gliedern sich auf die Erschließung „Schaftrieb“ IBA1-20003 – 116.500 € sowie auf die Erschließung „Holderäcker II“ IBA3-20005 – 26.500 €. Auf die Vorlagen Nr. 60/1227/2021 vom 19.01.2022 bzw. 60/1305/2022 vom 22.06.2022 wird verwiesen.

Diskussion im Gemeinderat

GR Roland Rädle (CDU) sieht die Sanierung als notwendig an. Allerdings sei für das Projekt eine solide Planung nötig gewesen. Per Salami taktik seien die Kostensteigerungen vermittelt worden. Die Gesamtkosten hätten sich verdoppelt. Dies sei untypisch für Karlsbad, es seien Fehler gemacht worden. GR Reinhard Haas (SPD) meint, dass sich so etwas nach Möglichkeit nicht wiederholen sollte.

Der Vorsitzende informiert, dass die Verwaltung im Mai zu Beginn der Maßnahme über den Kostenstand von 585.000 Euro nach der Kostenberechnung informiert habe. Danach wurde der Beschluss für die Container 130.000 Euro gefasst und weitere 13.000,- Euro entschieden. Zu diesem Zeitpunkt wurde der Kostenstand mit 728.000,- Euro angegeben. Es sei daher nicht richtig, von verdoppelten Kosten zu sprechen. Die Verwaltung wolle die Kostensituation nochmals im Nachhinein genau darlegen.

#### **Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:**

Der Gemeinderat stimmt den nachträglich zu genehmigenden Kosten in Höhe von 143.000 € (130.000 € für Auslagerung in Container 60/1227/2021); 13.000 € (60/1305/2022) sowie zusätzliche üpl. Kosten in Höhe von ca. 200.000 € (Baupreissteigerungen; Mehrmengen) zu und genehmigt die Mehrkosten.

Die Deckung erfolgt durch noch zur Verfügung stehende HH-Mittel bei der Erschließung Baugebiet Schaftrieb (IBA1-20003) 116.500 €, Erschließung Baugebiet Holderäcker II (IBA3-20005) 26.500 € sowie Neuaufbau Minigolfanlage (IBA1-30024) 200.000 €.

**mehrheitlich beschlossen Ja 22 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0**

#### **zu 12 Überplanmäßige Ausgaben des Garten- und Umweltamtes Vorlage: 67/1395/2022**

Der Vorsitzende informiert kurz über das Thema und verweist auf die Vorlage. U.a. seien Spritkosten, Fahrzeugreparaturkosten und höhere Bestattungszahlen ursächlich für die Entwicklung gewesen. Eine Diskussion erfolgt nicht.

#### **Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:**

Der Gemeinderat möge den überplanmäßigen Aufwendungen

1. im Budget Technische Dienste in Höhe von 20.000 €, sowie
2. im Budget Bestattungswesen über 25.000 €

zustimmen.

**einstimmig beschlossen Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### zu 13      **Genehmigung von Protokollen**

Es sind keine Protokolle zu genehmigen.

### zu 14      **Verschiedenes**

#### **14.1 Breitbandausbau – Förderbescheide vom Land Ba-Wü**

Der Vorsitzende informiert, dass das Land Baden-Württemberg den Breitbandausbau in Karlsbad ("Graue Flecken-Programm") mit folgenden Beiträgen gefördert hat: 1,4 Millionen Euro Mutschelbach, 1,4 Millionen Euro Auerbach und 2,1 Millionen Euro Spielberg. Herr Augenstein weist auf den Warntag 8. Dezember hin.

#### **14.2 Informationsveranstaltung Sanierungsgebiet am 8.02.2022**

Joachim Guthmann informiert über eine Veranstaltung zum Thema Vorbereitende Untersuchung Sanierungsgebiet Karlsbad-Langensteinbach am 8. Dezember in der Aula.

### zu 15      **Fragen der Zuhörer**

Keine.

---

gez. Jens Timm  
Vorsitzender

---

gez. Hans-Dieter Stößer  
Protokollführer/in

---

Gemeinderat Joachim Karcher  
Urkundsperson

---

Gemeinderat Reinhard Haas  
Urkundsperson

---

Gemeinderat Roland Rädle  
Urkundsperson

---

Gemeinderat Uwe Rohrer  
Urkundsperson